



Radikale Demokratie!

Herausgegeben von der Radikaldemokratischen Partei
Reichsgeschäftsstelle

=====

BL-DRUCK BERLIN C2, NEUE FRIEDRICHSTRASSE 4R

2026 Digital umgewandelt und neu gesetzt vom Radikaldemokratischen Bildungswerks e.V.

*Die Radikaldemokratische Partei wendet sich an alle, die für Deutschland eine **Zukunft des Friedens, der Freiheit und der Menschlichkeit** wollen. Tausende, die diese Ideen in Herzen trugen, als sich in Weimar die freieste und friedlichste Republik der Welt ihre Verfassung gab, sind heimatlos geworden in den alten Parteien. Abertausende, die ihre glühende Jugend dieser Republik weilen wollten, haben sie nicht mehr vorgefunden. Millionen leiden unter dem Spiel der Mächte, die diese Republik in ihre Gewalt gebracht haben und die nur durch diese Republik besiegt werden können.*

Seitdem die Republik durch die Lauheit ihrer eigenen Freunde verraten wurde, ist es in Deutschland so weit gekommen, daß man Panzerkreuzer baut, während die Kinder hungern, daß Filme verboten werden, weil sie die Wahrheit über den Krieg sagen, daß die Großgrundbesitzer dem Volk das Brot und den Bauern das Futter verteuern, daß die Kapitalisten ihr Geld ins Ausland verschieben und im eigenen Lande die Werktätigen auf die Straße setzen dürfen, daß der Terror bezahlter Söldlinge auf allen Straßen herrscht und schon in die Amtstuben gedrungen ist, daß Länderregierungen andere deutsche Länder und das Reich offen beschimpfen und der deutschen Einigkeit Hohn sprechen können. Diese Republik hat ihr Volk so verachtet und zermürbt, daß sie selbst sein Parlament ausschalten mußte, um nur regieren zu können, und Millionen aus Verzweiflung zu ihren dümmsten Feinden übergingen.

*Niemals hätte dies alles geschehen können, wenn die Republikaner und ihre Führer sich den **Mut zur Macht und das Gesetz des Handelns** bewahrt und sich so das Vertrauen der Jugend erworben hätten. Laut genug schreien es von allen Seiten die Hetzer und die Kurzsichtigen aus, lassen es die mächtigen Interessenten ausschreien, was sie wollen und was ihnen nicht genehm sei; fest genug sitzen überall die Parteien, die Regierungen und die Fachleute und beschäftigen sich nur mit sich selbst und ihresgleichen.*

*Vieles geschieht nur, weil diese es wollen. **Es ist Zeit und es ist noch nicht zu spät, daß auch wir Republikaner laut und vernehmlich rufen, was wir wollen und was geschehen muß, weil wir es wollen. Es ist noch nicht zu spät, diese Republik den Republikanern zurückzuerobern und ihr den Rücken zu steifen gegen ihre Feinde.***

Die Republik braucht Kämpfer, sie braucht eine **neue Linke**.

Die neue Linke greift an!

Dies ist unser Bekenntnis:

Wir sind überzeugte Republikaner, weil wir in der wahren Republik, wie sie sich das deutsche Volk in Weimar schaffen wollte, die Garantie des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und des sachlichen Aufbaues sehen. Die Republik ist eine **Scheinrepublik**, solange sie vor den Generälen und dem Geld, der reaktionären Bürokratie und dem Geschrei politischer Narren kapitulieren muß. Wir verlangen von ihr dem Mut, sich zu sich selbst zu bekennen, wir verlangen den Willen zur Macht und zur Tat. Wir sammeln alle, die an den Idee von Schwarz-Rot-Gold, an der Freiheit und an dem Ideal des sozialen Volksstaates nicht rütteln lassen wollen. Wir verbünden uns mit dem, dessen **ehrlicher Wille** der Republik zu dienen, allen Zweifeln standhält. Wir bekämpfen die Lauheit und die Trägheit, die Reaktion auch in scheinrepublikanischen Gewand, aber auch die verbrecherische Tollheit verantwortungsloser Hetze.

Wir sind radikale Demokraten.

weil wir in der Demokratie den **einzig** Weg sehen, zu verhindern, daß ein Volk um seine notwendigsten Rechte betrogen wird, sich von Gelde beherrschen läßt und in Kriege gerät. Nur die Demokratie ist imstande, die politischen Kräfte aller Schichten des Volkes nutzbar zu machen. Deshalb sind wir **gegen** jede Klassenherrschaft. Wir sehen die dringende Gefahr in der Diktatur der besitzenden Klasse, die sich hinter einer **Scheindemokratie** entwickelt hat und **lehnen deshalb alle Bürgerblockgedanken ab**.

Wir klagen die alten Parteien an, daß sie hinter den Kulissen ihrer Bürokratie sich an das Geld und das Bonzentum ausgeliefert haben. Wir fordern eine Reform: des Wahl- und Parlamentsrechts, die diese Kulissen vor den Wählern aufreißt, die Scheindemokratie entlarvt und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen läßt. Wir sammeln alle, die der Gesamtheit der deutschen Menschen dienen und ihren Willen achten wollen. **Wir kämpfen für die Sache des Volkes!**

Wir bekämpfen die Diktatur, die Gewalt, dem, Verfall der parlamentarischen Tätigkeit und die politische Unehrllichkeit in jeder Form.

Wir verlangen den Einheitsstaat, Einheitsstaat, weil er die einzige Lösung ist, die den sachlichen Erfordernissen der deutschen Lage und der Idee der deutschen Einheit gerecht wird. Wir verlangen ihn weil er die wirtschaftlichen und kulturellen Sonderinteressen, die in seinem Aufbau berücksichtigt werden müssen, ausgleicht und weil er die notwendige Voraussetzung einer vernünftigen, sparsamen und starken republikanischen Verwaltung ist. Wir sammeln alle, die wollen, daß diese Aufgabe sofort in Angriff genommen wird. Wir verbünden uns mit allen, die an ihr sachlich und vorurteilsfrei mitarbeiten wollen. Wir bekämpfen jede Kirchturms- und Pfründenpolitik, und jede partikuläre Engherzigkeit.

Wir sind Pazifisten, nicht weil wir träumen, sondern weil wir das Elend und die Unmoral eines Krieges nicht wieder dulden wollen, und weil wir unter **Pazifismus eine Politik der Tat verstehen**, die die Probleme der Völkergemeinschaft zu lösen versucht, statt sie durch (Gewalt und nationalistischen Eigensinn zu verwirren. Nur der Pazifismus kann ein neues Europa schaffen, das Sicherheit mit Abrüstung vereinigt; nur in einem befriedeten Europa kann Deutschland gesunden. Wir verlangen deshalb den **Pazifismus als Grundlage jeder deutschen Politik**. Wir sammeln alle, die es als ihre erste Menschenpflicht betrachten, den Krieg mit allen staatsbürgerlichen Mitteln zu verhindern. Wir verbünden uns mit allen, innerhalb und außerhalb Deutschlands, die eine friedliche Politik ehrlichen und sachlichen europäischen Aufbaues verfolgen. Wir bekämpfen rücksichtslos den Militarismus bei uns wie bei den anderen; wir bekämpfen die Überforderungen des Reichswehretats, jeden Nationalismus und jede Aufrüstung.

Wir wollen die **sozialgebundene Wirtschaft** auf privatwirtschaftlicher Grundlage. Der persönliche Unternehmungsgeist kann für die Wirtschaft nicht entbehrt werden; wir klagen jedoch eine Wirtschaft an, die sich auf die Freiheit des Einzelnen beruft, dabei aber Millionen Arbeitsloser und jugendlicher Arbeitssuchender an dieser Freiheit nicht teilnehmen läßt und Abermillionen jede Aussicht auf Aufstieg versperrt.

Wir klagen eine Wirtschaft an, die wohl die Gewinne von einzelnen einstecken läßt, aber die Verluste von der Allgemeinheit, in erster Linie also von den breiten Massen, tragen lassen will.

Wirtschaftliche Probleme müssen nach den Gesetzen der Wirtschaft gelöst werden, aber die Gesetze der Wirtschaft verlangen nicht die unumschränkte Herrschaft des Geldes. Das Unternehmen im demokratischen Volksstaat ist für den Unternehmer nur ein **Lehen**, das er im Interesse der Volksgesamtheit zu verwalten hat.

Wir fordern, daß in der Wirtschaft nicht die Frage nach dem Verdienst von Unternehmungen, sondern nach der Existenz des deutschen Volkes gestellt wird; daß die Frage nicht nur ist, ob die Wirtschaft rentiert, sondern für wen sie rentiert.

Wirtschaft muß Wirtschaft für die Menschen sein. Die **Agrarpolitik** muß deshalb eine Politik **für die Bauern und die Verbraucher** sein. Die Verbilligung der Körnerfrüchte ist die gemeinsame Voraussetzung für eine angemessene Lebenshaltung der städtischen Verbraucher und die Leistungsfähigkeit des auf Viehzucht, Milch- und Geflügelwirtschaft gestützten bäuerlichen Mittel- und Kleinbetriebes und damit einer großzügigen Bauernsiedlung, wie sie in Osten erforderlich und, durch Forstwirtschaft unterstützt, durchzuführen ist. Es ist falsch, lebensunfähige Betriebe der Großagrarien auf Kosten der Bauern und der städtischen Bevölkerung zu stützen.

Die heute im einseitigen Interesse des Großbesitzes betriebene Agrarpolitik strebt das genaue Gegenteil von alledem an und muß zu einer Katastrophe führen. Sie wird von uns aufs schärfste bekämpft.

Der Wirtschaftskrisis kann, soweit das von Deutschland allein aus möglich ist, ebenfalls nur dadurch entgegengetreten werden, daß mal durch eine **neue Arbeitsverteilung bei verkürzter Arbeitszeit** die jetzt ausgeschlossenen Menschen wieder in den Arbeitsprozeß eingliedert. Lohnsenkungen müssen vermieden werden, weil die Kaufkraft des deutschen Volkes, die in der breiten Masse begründet ist, allein die gesunde Grundlage einer deutschen Wirtschaft bilden kann. Eine übertrieben auf Export eingestellte Wirtschaftspolitik, ebenso wie eine übersteigerte Rationalisierung dienen den Interessen der Kapitalien, nicht denen der deutschen Menschen. Die für eine Umlagerung der Arbeitsverteilung etwa erforderlichen Mittel müssen durch Ersparnisse in der Arbeitslosenversicherung und den Wohlfahrtsausgaben, die durch die gleichzeitig erzielte Verringerung der Zahl der Arbeitslosen möglich sind, und durch **Abstrich unnötiger Öffentlicher Ausgaben, besonders im Reichswehretat**, gewonnen werden.

Die Kartelle, die die Hauptträger einer antisozialen Preis- und Exportpolitik sind, müssen durch eine **tatkräftige Staatsaufsicht** gezwungen werden, sich den Interessen der Allgemeinheit zu fügen. Sie berufen sich zu Unrecht auf die Freiheit der Wirtschaft, die sie selbst zerstören, und haben das angeblich von ihnen getragene Risiko rücksichtslos auf Verbraucher und Werk tätige abgewälzt. Die Mittel des Einschreitens gegen diese Zustände müssen erweitert und verschärft werden.

Die menschlich unwürdige Kluft zwischen den Riesengehältern der Mächtigen und dem Normaleinkommen der Arbeiter und Angestellten muß geschlossen werden. Der Zerklüftung des sozialen Lebens überhaupt durch die wirtschaftlichen Machtentwicklungen muß entgegengearbeitet werden, indem die **Selbsthilfe des Mittelstandes** auf jede Weise gefördert, der **Aufstieg für Arbeiter und Angestellte** freigemacht, die Versteifung reiner Besitzpositionen durch Subventionen gänzlich eingestellt wird.

Das Ziel ist die Bewegungsfreiheit der Menschen in der Wirtschaft und ihre soziale Unabhängigkeit von der Maschine. Das Recht der Kapitalgesellschaften muß umgestellt werden, um das öffentliche

Interesse gegenüber der Willkür der Verwaltungen zur Geltung zu bringen. Das Problem der **Betriebsdemokratie** ist mit Nachdruck in Angriff zu nehmen.

Wir verlangen in jeder wirtschaftlichen Frage, daß mit den Mitteln der Wirtschaft nicht die Sache des Geldes, sondern die Sache der Vernunft und der Menschlichkeit betrieben wird.

Wir binden diese **Sache der Menschlichkeit**, in deren Namen wir eine **radikal sachliche Kritik** an der Wirtschaft üben, weder an eine Klasse, noch an ein Dogma. Wir sammeln alle, die mit einer solchen unabhängigen Kritik und ihrer entschlossenen Verwirklichung die Menschen in der Wirtschaft befreien wollen. Wir unterstützen nur das wirtschaftlich Zweckmäßige, das dein sozialen Fortschritt dient. Wir bekämpfen mit Leidenschaft die Ausnutzung verstaubter Überlieferungen und scheinwirtschaftlicher Rechenkünste durch das Interessententum; **wir bekämpfen die Geldherrschaft**, jede Art rückständiger Starrheit und wirtschaftlicher Unterdrückung.

Wir wollen eine **Kulturpolitik**, die vor allem dem Volke dient und es ihm ermöglicht, sich seine Kultur zu schaffen und zu erhalten, statt engherzige und veraltete Anschauungen zu pflegen. Kulturpolitik muß deshalb mit **Sozialpolitik** und der **Sicherung eines menschenwürdigen Daseins für alle Volksgenossen** beginnen.

Schutz der Angestellten und Arbeiter vor Ausbeutung und vor der Willkür des Besitzes, besonders Schutz der älteren Werk tätigen, ist durch Ausbau des Arbeiterschutzes, Verschärfung der Gewerbeaufsicht, Herabsetzung der Altersgrenzen in den Sozialversicherungen zu erreichen. Die Mittel der Versicherungsträger müssen unter Vermeidung unangemessenen Verwaltungsaufwands den Versicherten voll zugutekommen. Ein einheitliches, soziales und zeitgemäßes Arbeitsrecht ist gesetzlich niederzulegen. Ein neues, soziales Mietrecht muß die Zwangswirtschaft ersetzen.

Kultur als Volkskultur, muß in einer modernen **Einheitsschule** allen Befähigten den Weg zur Bildung Öffnen, deren Geist dem republikanischen Willen des Volkes entspricht. In allen Dingen des Geistes sagen wir Kampf an der Gewalt und dem Vorurteil, die ein freies Volk in sozialer und geistiger Botmäßigkeit halten wollen, und fordern offene Bahn für Kunst, Weltanschauung und politische Meinung. Die **Trennung von Kirche und Staat** muß reinlich und vollständig durchgeführt werden; Gleichberechtigung aller Weltanschauungsgemeinschaften ist die Forderung. Dabei wird rohe und beschimpfende Hetze gegen Kirchen von uns ebenso abgelehnt, wie wir jede andere religiöse, rassenmäßige und nationalistische Engstirnigkeit und Unduldsamkeit bekämpfen.

Statt einer Zensur, die mit einer demokratischen Republik unvereinbar ist, müssen zur Wahrnehmung der Toleranz und zum notwendigen **Schutz der Jugend** andere Mittel gefunden werden; die Zensur und das Schund- und Schmutzgesetz sind durchaus ungeeignet und werden als schädlich von uns bekämpft. Wir verlangen alsbaldige und durchgreifende Reform des Strafrechts, vor allen in seinen veralteten, weltanschaulichen und sozialen Grundlagen, besonders aber Beseitigung des § 218 in seiner heutigen Form, der namenloses Elend für die Minderbemittelten schuf, Gleichberechtigung und rechtliche Sicherstellung der unehelichen Kinder, Beseitigung des Gotteslästerungsparagraphen und der Todesstrafe, gänzliche Umgestaltung des Strafvollzugs.

Das Eherecht ist den tatsächlichen Anschauungen entsprechend, von Grund auf zeitgemäß umzugestalten. Wir sammeln alle, die mit weltoffenem Blick und zukunftsfreudigem Mut die Sache der republikanischen Geistesfreiheit und des neuen Menschen in der Gestaltung des Staates und Rechtes verfechten.

Wir verbünden uns mit der Zukunft und dem kulturellen Willen der erwachten Massen.

Wir bekämpfen Dunkelmännerei, Gedankenträgheit, Unmenschlichkeit, Vorurteil, Terror und Polizeiherrschaft, wo wir sie finden.

Wir sammeln und kämpfen für Frieden, Freiheit und Menschlichkeit!

Wer diesen Kampf führen will, gehört an unsere Seite, in die

Radikaldemokratische Partei!